

Der Steinlöhner

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56388
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 17. Januar 1931

35. Jahrgang

Nummer 3

Der Sozialetat des Reiches in der Wirtschaftskrise

Krisenzeiten verschlechtern durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensminderungen die Lebenslage der Volksschichten, denen eigene Reserven in nennenswertem Umfange nicht zur Verfügung stehen. Ihnen über derartige schwierige Perioden hinwegzuhelfen, ist eine der großen Aufgaben, die zu lösen der Sozialpolitik gestellt ist. In dieses Gebiet teilen sich mehrere Körperschaften, wie Sozialversicherungsanstalten, Gemeinden, Länder und Reich. Uns soll im folgenden nur der Sozialaufwand des Reiches beschäftigen, da in Kürze die Beratungen über den neuen Reichshaushalt einsehen, in dem die für soziale Zwecke aufzubringenden Mittel beschlossen werden sollen. Dabei sei gleich vorweg bemerkt, daß das Reich, soweit seine Ausgabenwirtschaft in Frage kommt, bei weitem nicht so weitgehende und tiefwirkende soziale Betätigung übt und üben kann, wie etwa die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung oder die Gemeinden, deren Wohlfahrtssetats in jeder Krise eine Feuerprobe zu bestehen haben. Die Bedeutung der Wohlfahrtspolitik des Reiches liegt mehr im Prinzipiellen als in ihrem Umfange.

Der Sozialaufwand des Reiches setzt sich aus folgenden Ausgabenposten zusammen: Unterhaltung der Reichsbehörden, Zuschüsse zur Sozialversicherung, Jugendwohlfahrt, allgemeine Wohlfahrtspflege, Gesundheitswesen, Arbeitslosenfürsorge und Wohnungsweien. Die für diese Zwecke im Reichshaushalt des Jahres 1930/31 eingelegten und für das Etatsjahr 1931/32 veranschlagten Ausgaben sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt. Das Haushaltsjahr läuft jeweils vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres.

Ausgaben	Etatsjahr	
	1930/31	1931/32
	in Mill. Rm.	
Reichsbehörden	9,9	9,8
Sozialversicherung ohne Arbeitslosenversicherung	557,3	435,4
Arbeitslosenfürsorge	730,1	481,8
Jugendwohlfahrt	2,7	1,5
Allgemeine Wohlfahrtspflege	42,8	46,2
Gesundheitswesen	4,9	4,0
Wohnungsweien	108,1	5,2
Zusammen	1455,8	983,9

Insgesamt sind also die Sozialaufwendungen des Reiches für das am 1. April 1931 beginnende und am 31. März 1932 endende Haushaltsjahr um 591,9 Millionen Mark niedriger eingelegt als im Vorjahre. Abgesehen von den Ausgaben für die allgemeine Wohlfahrtspflege, wo eine Erhöhung um 3,4 Millionen eingetreten ist, zeigen alle Posten eine beträchtliche Verminderung. Die Ausgaben für die Reichsbehörden umfassen die Unterhaltungskosten für das Reichsarbeitsministerium, das Reichsversicherungsamt, das Bundesamt für Heimatwesen und das Reichsgesundheitsamt. Die Einsparung von 0,1 Mill. Mark bei diesem Sammelposten ergibt sich aus einer entsprechend hohen Kürzung am Etat des Reichsgesundheitsamtes.

Die Reichsausgaben für Zwecke der Sozialversicherung sind um den gewaltigen Betrag von 121,9 Millionen Mark herabgesetzt worden. Es sind die Zuschüsse zur Invalidenversicherung für Steigerungsbeträge um 7,1 Millionen Mark gekürzt worden. Die im Vorjahre für Ausbau und Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung eingelegten 50 Millionen kommen ganz in Wegfall, und der Zuschuß zur knappschaftlichen Pensionsversicherung ist von 75 Millionen auf 6 Millionen herabgesetzt worden. Dabei sollen die letzteren auch nur dann verausgabt werden, wenn das Lohnsteueraufkommen im Haushaltsjahr 1931/32 den Betrag von 1432 Millionen Mark übersteigt. Damit ist jedoch ebenfalls nicht zu rechnen. Auch die im Etat für 1930/31 für die Wochenhilfe angelegten 6 Millionen erscheinen im neuen Reichshaushalt nicht wieder. Eine leichte Erhöhung haben lediglich die Zuschüsse zu den Invalidenrenten (16,4 Mill.) und die Beihilfen für saarländische Verletzte (0,3 Mill.) erfahren. Für Behebung der Arbeitslosigkeit und Unterstützungszwecke verausgabt das Reich folgende Beträge:

Ausgaben	Etatsjahr	
	1930/31	1931/32
	in Mill. Rm.	
Krisenunterstützung	300,0	400,0
Berufsberatung und Stellenvermittlung	0,1	0,1
Produktive Erwerbslosenfürsorge	45,0	35,5
Zinsbeträge und Zinszuschüsse	—	26,2
Darlehen an die Reichsanstalt	335,0	20,0
Grundstock für die Reichsanstalt	50,0	—
Zusammen	730,1	481,8

Den Mehrausgaben für die Krisenunterstützung und den im kommenden Haushaltsjahre fälligen Zinsen in Höhe von insgesamt 126,2 Mill. Mark stehen Einsparungen bei der werteschaffenden Erwerbslosenfürsorge und den Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung von zusammen 374,5 Mill. Mark gegenüber, so daß die Reichsausgaben für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterstützungszwecke 248,3 Mill. Mark weniger betragen als im letzten Haushaltsjahre. Die Hauptersparnisse liegen bei den Zuschüssen zur Erwerbslosenversicherung, die durch die erhöhten Beitragssätze überflüssig gemacht werden sollten. Ob dadurch das Reich tatsächlich auf die Dauer seiner Zuschußpflicht entbunden worden ist, ist jedoch im Augenblick noch gar nicht zu übersehen.

Beim Jugendwohlfahrtssetat ist der im letzten Haushaltsjahr für Zwecke der Kindererziehung eingelegte Betrag von einer Million gestrichen worden, die Zuschüsse für Kuraufenthalte von Kindern sind um 0,1 Mill. Mark und die Beihilfen an die Jugendorganisationen und das Jugendherbergswesen ebenfalls um 0,1 Mill. Mark gekürzt worden, was die in der ersten Tabelle ausgewiesene Gesamtersparnis von 1,2 Mill. Mark ergibt.

Von den für die allgemeine Wohlfahrtspflege zu verausgabenden Beträgen sind gekürzt worden: Die Beihilfen an Anstalten und Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrtspflege um 0,2 Mill. Mark, die Zuschüsse an die öffentliche Wohlfahrtspflege um 0,1 Mill. Mark und die sonstigen unter diese Rubrik fallenden Beträge, wie Beihilfen an gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen, Erholungsheime usw. um 0,3 Mill. Mark. Lediglich die Unterstützungen an die Arbeitnehmer des Tabakgewerbes haben eine Heraufhebung um 4 Mill. Mark erfahren, was mit der neuen Tabaksteuergesetzgebung im Zusammenhang steht.

Beim Gesundheitswesen werden für die Bekämpfung des Alkoholismus 0,2 Mill. Mark, bei den Zuschüssen an Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens 0,6 Mill. Mark und an

Nun wissen wir, wo er herkommt, der „große“ Adolf Hitler. Er hat sich nämlich einen Biographen zugelegt, der ihn in seinem Werdegang zeigen soll. Vorweg sei genommen: Das ganze stellt nur eine einzige serbische Schmiererei dar und es wäre eine Beleidigung unserer Leser, würden wir ihnen empfehlen, dieses Geschmier selbst zu lesen. Es ist erschienen unter dem schon klingenden Titel: „Hitler, eine deutsche Bewegung“, von Czech, Jochberg, Stalling-Verlag, Oldenburg i. O. Wir würden das Buch auch hier gar nicht erwähnen, wenn es nicht Aufschluß darüber gäbe, daß Adolf Hitler von jeher ein „Gelber“ war, der überall nur die Verachtung seiner Mitbeschäftigten gefunden hat.

Es war in Oesterreich, wo Hitler seine Laufbahn begann und von wo er später nach Bayern ausgewanderte, sich damit gleichzeitig der Dienstleistung im österreichischen Heere entziehend. Für Oesterreich also war Hitler, der Mann, der sich bei uns als „Erneuerer des nationalen Ehrgefühls“ aufspielt, ein ganz gewöhnlicher Deserteur. Zwar meldet das Buch hiervon nichts. Wohl aber davon, daß die Wiener Arbeiter „mit diesem Kerl“ nicht arbeiteten, denn: „er ist ein Gelber“. So schreibt Hitlers Biograph. Doch zitieren wir wörtlich, was Czech aus dem Arbeitererlebnis Hitlers erzählt:

„Hitler stürzte hinaus. Vielleicht würde er noch einen Stehplatz in der Oper erhalten.“

Aus einem Küchenfenster gestalte ein Schrei . . . langgezogen wie eine Sirene.

Der Arbeiter Raubelka prügelte sein Weib. Gestern war Zahltag gewesen. Wer war da nicht betrunken?

Nahm sich niemand dieser Menschen an, die freitags mit den Köpfen auf der Tischplatte eines Vorstadtgasthauses schliefen, weil sie nicht mehr nach Hause zu wanken vermochten, die am Samstag den Bau veräußerten und am Montag beim Nachbar um ein paar Kreuzer bettelten, weil sie kein Brot mehr hatten?

Doch. Sie war sogar nicht einmal schlecht, die Kontrolle: Da stand mit einmalmal derselbe Vertrauensmann, mit dem Hitler in der Mittagspause über Volk und Religion und Fortschritt debattiert hatte, vor dem Baumeister, schwenkte bei jedem Satz seine Kappe, machte seine Stimme an: „Wir arbeiten nicht mit diesem Kerl . . . er ist ein Gelber.“

Der Baumeister sah dem Erhitzten ins Gesicht, dachte nach, fand, daß es ganz unnötig sei, sich eines Hilfsarbeiters wegen in einen Streit einzulassen, und entließ Hitler.

Wie oft er das erleben mußte! Von Bau zu Bau wanderte er, wurde stummer und erbitterter. Zwischen durch, wenn er nicht auf dem Bau war, gab es Pausen, in denen er sprechen konnte. Aber es spricht sich schlecht, wenn man hungrig ist . . .

Dann kam es anders. Dann geschah es einmal, daß die Arbeiter die Köpfe zusammenstreckten und schmale Blicke nach dem Hilfsarbeiter sandten.

„Werst ihn vom Gerüst hinunter . . .!“
Bernunft droffelte: „Schämt euch . . .!“
„Dann ist's eben ein Unfall . . . fertig.“
„Was hat er euch getan . . .?“

Herunter mit der Arbeitszeit!

Die Verkürzung der Arbeitszeit gehört nach wie vor zu den wichtigsten Mitteln, die Krise auf dem Arbeitsmarkt zu mildern. Wenn, wie in Deutschland, 4 Millionen Menschen ohne Beschäftigung sind, so ist das Gebäude der Wirtschaft derartig unterhöhlt, daß es jeden Augenblick zusammenbrechen kann. Wir sind nicht im Zweifel darüber, daß auch die Arbeiterschaft dadurch einen nicht geringen Schaden erleidet. Die Unternehmer in Deutschland weigern sich, den Forderungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit nachzukommen. Erstreulich ist aber, daß einige Städte zur Verkürzung der Arbeitszeit übergehen. Die Stadt Berlin und die ihr gehörenden Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, daß für rund 35 000 Arbeiter die 44-Stunden-Woche eingeführt wird. Dadurch werden 1500 Entlassungen vermieden und 2000 Neueinstellungen sofort vorgenommen. Auch der Freistaat Hamburg hat in sämtlichen Betrieben und Verwaltungen die Arbeitszeit auf 44 Stunden für die Woche herabgesetzt. Dadurch kommen 1500 Erwerbslose wieder in Arbeit. Zu dieser Frage nimmt der frühere Arbeitsminister Wiffel in der Neujahrsnummer des „Vorwärts“ das Wort, wobei er u. a. folgendes ausführt:

„Seit Ende Oktober hat die Firma Harburger Werke nach Uebereinkunft mit ihrem Betriebsrat die regelmäßige Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herabgesetzt und so Platz für die Neueinstellung von 350 Erwerbslosen geschaffen. Sie veröffentlicht jetzt in einer Sonderschrift ihre Erfahrungen über diese Maßnahme

dem Posten „Verschiedenes“ (Medizinalwesen im Ausland u. a.) 0,5 Mill. Mark eingespart. Für das Turn- und Sportwesen ist der ausgeworfene Beitrag eigenartigerweise von 0,4 auf 0,8 Mill. Mark erhöht worden.

Wenden als letztes noch die Reichsausgaben für das Wohnungswesen zu betrachten. Im letzten Etatsjahre wurden dafür zur allgemeinen Förderung des Wohnungswesens 100 Millionen und zur Förderung des Baues von Wohnungen für Reichsbeamte 8,1 Mill. Mark ausgeworfen. Der erste Posten von hundert Millionen ist ganz gestrichen und der zweite von 8,1 auf 5,2 Mill. Mark herabgesetzt worden.

Was in den vorstehenden Kapiteln dargestellt worden ist, ist nicht mehr als eine Erläuterung zu einer Statistik, und bestimmt zu keiner guten Statistik. Zahlen sollen uns nach Goethes Meinung zeigen, wie die Welt regiert wird. Das tun die, die wir soeben betrachtet haben, auch, aber sie sagen uns nicht, daß die Welt gut regiert wird. Woran das liegt? Wahrscheinlich, nein bestimmt, am 14. September des Jahres 1930.

Der Werdegang eines „Gelben“

Jetzt formte der Räbelsführer mühsam das Wort, das er vom Gewerkschaftssekretär gehört: „Ein Schädling unserer Bewegung, ein Verräter . . .“

Die anderen lachten roh. Es würde noch einen Spaß geben heute.

Dann drückte sich doch ein alter Arbeiter und schob sich an Hitler heran und hat ihn, den Bau zu verlassen, ehe er von dem Brett in die Tiefe klatschte und der Wachmann seinen Bleistift an den Mund nahm: „Unfall auf einem Neubau . . .“

Wirklich, so haben wir ihn uns immer vorgestellt, den großen Adoff. Gestern war Zahltag gewesen. Wer war da nicht betrunken? Diese schimpfliche Frage an die Arbeiterschaft läßt also hier der Führer einer „Arbeiterpartei“ seinen Biographen stellen, womit gesagt sein soll, daß zu Hitlers Arbeitszeit sämtliche Arbeiter nach dem Zahltag selbstverständlich beoffen waren. Oder wer nicht? So läßt Hitler fragen. Freilich, wenn einer die moderne Arbeiterklasse nach aus dieser Trostperspektive bewertet, dann ist es kein Wunder, wenn er als Mensch des zwanzigsten Jahrhunderts einen Anfall bekommt, der ihm die Erfüllung einer Kettermission als unabwendbare Notwendigkeit vorzaubert.

Statt sich aber mit diesen seinen, nach Hitlers Lügenphantasie an jedem Zahltag beoffenen gewesenen Klassenbrüdern zusammenzutun, um gemeinsam den organisierten Kampf um materiellen und kulturellen Aufstieg zu führen, wählt Hitler den Weg der Gelben. Er will nichts zu tun haben mit seinen kämpfenden Brüdern. Er wählt den Weg des Kriechers, verleumdet organisierte Kameraden als feige Intriganten, als Nordhuben, als verkommene Brudermörder. (Immer unter Berufung auf den Biographen Hitlers.)

Und weil die Arbeiter Wiens diesen Gelben und Kriecher nicht duldeten, weil man dort nur aufrechte und mutige Kämpfer haben wollte — desertiert er. Das ist Hitler! Nun wird es klar, wie dieser Mann zu seinen „Beziehungen“ kommt. Wie so er jetzt zu seinen „Arbeitsbrüdern“ den ganzen Arbeitgebertroß zählen darf. Wie so der vertratete Adel die militärischen Größen und Gewaltpolitiker des alten Deutschland hinter ihm stehen . . . „er ist ein Gelber“.

Er hat sich ihnen angetragen, dieser Arbeiterführer. Er hat ihnen aus seiner Vergangenheit erzählt, besonders, daß er schon immer ihr Mann gewesen. Sein Biograph Czech sollte das hier nur wieder bestätigen. Nun hat er seinen Lohn. Klingende Münzen, zwei Sechshüner, eine luxuriöse Neunjahrmehrwohnung — na, und da soll solche Gelbenpolitik nicht mehr wert sein als diese verfluchte Gewerkschaftspolitik? Wo ist dann ein Bonze in der Gewerkschaftsbewegung, der solche Erfolge aufzeigen kann, hä? So darf Hitler mit Recht fragen.

Die Arbeiterschaft aber weiß jetzt, woran sie ist. Selbst die Unorganisierten haben heute schon gelernt, daß „gelb“ sein heute jenseit heißt wie charakterlos sein, von der sozialen Kampfsphäre aus gesehen. Nun wohl, Hitler läßt sich hier mit Stolz als „Gelber“ vorstellen. Die Konsequenz zu ziehen überlassen wir unseren Lesern aus dem Kollegentreife.

und kommt zu dem Ergebnis, daß diese nur günstig seien. Sie habe zwar eine Mehrauswendung für soziale Lasten für den Betrieb zu buchen, die jedoch nicht 1 v. H. der Lohnsumme betrage. Die Mehrbelastung sei erheblich geringer, als die für die Arbeitslosenversicherung schon jetzt zu zahlenden Beiträge. Die Firma steht keinen Grund dafür, daß man die Beschäftigung, die man einem großen Teile der Erwerbslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit schaffen könne, deswegen ausklage, weil man nicht restlos alle unterbringen kann. Wenn 2 Millionen oder gar mehr Menschen der Verweisung der Arbeitslosigkeit entzogen werden könnten, so wäre das ein so ungeheurer Erfolg, daß es sich schon lohne, deswegen gewisse Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Der Bericht der Firma verweist auf die Tatsache, daß sich die freien Gewerkschaften zu einer Arbeitsreduktion im Prinzip bereit erklärt hätten, und beklagt es, daß die meisten Unternehmer die Arbeitszeitverkürzung brüsk zurückweisen. Ja, die Unternehmensseite hätte sich nicht nur abwartend verhalten, sondern der Firma wegen der Verkürzung der Arbeitszeit an manchen Stellen den offenen Kampf angelegt. Der Geschäftsführer eines Unternehmensverbandes habe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, es sei schade, daß Leute, die solche Ideen auch nur erörtern, nicht in Schutzhaft genommen werden könnten!

So sind die deutschen Unternehmer! Anstatt vielen Personen Beschäftigung zu geben, sind sie lieber bereit, die aus der Reihe tanzenden Kollegen aufzuhängen. Ihnen gebührt der schärfste Kampf.

Einseitige Propaganda im Straßenbau

Die „Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau“ e. V. in Essen stellt sich die Aufgabe, Propaganda für die Teerstraßenbau zu machen. Zu diesem Zwecke werden Druckschriften in reichlicher Menge herausgegeben. Die Straßenbaubehörden werden nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, um deren Interesse auf die Teerstraßenbau zu lenken. Es ist das selbe, was jeder Geschäftsmann tut, um seine Ware umzusetzen, und könnte man sich, wenn die Frage des Straßenbaues nur rein geschäftsmäßig behandelt wird, mit dieser Art Klame abfinden. Da aber mit dem Straßenbau rein volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen sind, wäre zu prüfen, ob die Werbemittel der erwähnten Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau in der bisher geübten Art widerprückslos hingenommen werden kann. Diese Prüfung ist sehr notwendig, weil man sich bei dieser Klame Tätigkeit gern auf Personen beruft, die im Dienst von staatlichen und kommunalen Straßenbaubehörden stehen.

Im Frühjahr 1930 wurde eine Werbeschrift verbreitet, die einen Auszug aus der Denkschrift des Herrn Oberbauverwalters Beder, Kassel, wiedergibt, die dieser zum Etat für 1930 der Landesstraßenbauverwaltung der Provinz Hessen-Nassau verfaßt hat. Neuerdings wurde eine Broschüre herausgegeben, betitelt: „Straßenteer und Straßenbau-Neuerungen von Fachleuten“. In dieser Broschüre kommen eine Anzahl kommunaler und staatlicher Bau- und Oberbauämter zum Wort. Alle befürworten die Verwendung von Teer zum Straßenbau und es erweckt den Anschein, daß nur einzig und allein die Teerstraßenbau das Ideal der Straßenbaufachleute ist und nur durch die Verwendung von Teer das Problem Straßenbau gelöst werden kann.

Der Herr Professor Hoepfner beiteilt einen, in der genannten Broschüre veröffentlichten Artikel: „Straßenteerverbrauch und Volkswirtschaft“ und schreibt wörtlich: „Daß, wenn ein deutscher Industriezweig Hunderttausende von Tonnen eines Stoffes erzeugt, und zwar als Nebenprodukt erzeugen muß, und wenn diese Hunderttausende von Tonnen ungenutzt daliegen, obwohl sie an Stelle ausländischer Rohstoffe, die wir einzuführen gezwungen sind, mit gleichwertigem Erfolg genutzt werden können, macht sich jeder Deutsche, der die ausländischen Stoffe ohne zwingende Notwendigkeit verwendet, einer Handlungsweise schuldig, die kein Ehrgefühl als Deutscher belassen muß.“ Er schreibt weiter: „Ein Mehrverbrauch von 200 000 Tonnen Teer für den Straßenbau würde bedeuten, daß etwa für 15 Millionen Reichsmark deutsche Stoffe verwertet würden, die sonst verkommen müßten. Das bedeutet somit, daß durch die Verwendung dieser 200 000 Tonnen Teer Werte im Betrage von 15 Millionen Reichsmark geschaffen werden, denn Stoffe, die verkommen, sind keine Werte, sie werden es erst, wenn man sie nutzt.“

Der genannte Professor untersucht dann, was eine Summe von 15 Millionen Reichsmark bedeutet, und stellt fest, daß man mit dieser Summe für 7500 arbeitslose Familienäter Arbeit beschaffen und jedem einen Lohn von 2000 Reichsmark im Jahre geben könnte. Die 7500 Familienäter mit ihren Angehörigen, zusammen etwa 30 000 Menschen, kaufen Waren, bringen also wieder anderen Menschen Arbeit und Verdienst.

Die Gedankengänge des Professors Hoepfner kann man sich zu eigen machen, wenn die damit ausgesprochenen Selbstverständlichkeiten auf die Verwendung von deutschen Waren allgemeine Anwendung finden. Leider muß aber festgestellt werden, daß Herr Prof. Hoepfner nur an die Straßenbaufachleute, wie den Deutschen überhaupt appelliert, soweit es sich um die Verwendung von Teer zu Straßenbauten handelt. Es sei deshalb gestattet, zu behaupten, daß seine Argumentation in viel höherem Maße auf die berühmten deutschen Straßenbaumaterialien — den Naturstein — zutrifft. Es muß angenommen werden, daß die übrigen, in der genannten Broschüre zu Wort gekommenen Fachleute einschließlich des genannten Professors von der Existenz dieser guten deutschen Straßenbaumaterialien, eben des Natursteins, nicht so gut informiert sind, wie über die jährlich produzierte Menge Teer. Die Verwendung von Natur-Hartgestein ist im Straßenbau nicht erst neueren Datums, und die daraus hergestellten Straßen haben seit Jahrhunderten den Beweis ihrer Wirtschaftlichkeit längst erbracht, während die „neuzeitliche“ Straßenbauweise einschließlich des Teers sich noch im Stadium des Versuchs befindet.

Stellen wir die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Hartgesteine als Straßenbaumaterial im Vergleich zu dem so übertrieben angepriesenen Teer, dann darf wohl ohne langweilige Beweisführung mit aller Bestimmtheit behauptet werden, daß die deutsche Hartsteinindustrie eine weit größere wirtschaftliche Bedeutung im Straßenbau hat als Teer. Bei der Gewinnung und Verarbeitung des Natursteins als Straßenbaumaterial besteht eine weit größere Möglichkeit, Arbeitslosen Beschäftigung und Lohn zu geben, als durch erhöhten Verbrauch von Teer zu Straßenbauten. In der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie fanden in normalen Zeiten rund 60 000 Arbeiter jahrein, jahraus Beschäftigung. Die Produktion dieser Industrie erstreckt sich ausnahmslos auf Straßenbaumaterial (Groß- und Kleinpflaster, Bordsteine, Paßlager, Schotter und Splitt in verschiedenen Körnungen).

Die Herstellung von Groß- und Kleinpflaster sowie Bordsteinen erstreckt sich auf 40 bis 45 Prozent der Gesamtproduktion in der Pflasterstein- und Schotterindustrie und dürften 30 000 Arbeiter in dieser Gruppe Beschäftigung gefunden haben.

Obgleich in Deutschland die Gesteinsvorkommen als unerschöpflich bezeichnet werden können, die Qualität des Materials einwandfrei ist und dem ausländischen Material in keiner Weise nachsteht, werden doch immer Pflastersteine usw. aus dem Ausland bezogen. Wie oft schon hörten wir den Appell: „Deutsche, kauft deutsche Waren!“ Doch muß nach den bisherigen Erfahrungen angenommen werden, daß dieser Appell auf das natürliche Straßenbaumaterial keine Anwendung finden soll.

Alle die Herren Bauräte usw., die sich so warm für die Verwendung von deutschem Teer zum Straßenbau aussprechen, haben bisher die Förderung nicht erhoben, nur deutsche Pflastersteine beim deutschen Straßenbau zu verwenden.

Durch den Bau „neuzeitlicher“ Straßenbedecken ist der Naturpflastersteinindustrie der Absatz ihrer Produkte sehr erschwert, ja bei vielen Baubehörden direkt unmöglich geworden. Vorräte in ungeheuren Mengen sind aufgestapelt, deren Absatz in absehbarer Zeit kaum möglich sein wird. Die Auswirkung dieser Absatzstörung ist Stilllegung der Betriebe. In der Pflasterstein- und Schotterindustrie ist seit zwei Jahren eine Dauerarbeitslosigkeit vorhanden, wie sie kaum in einer anderen Industrie Deutschlands im gleichen Maße anzutreffen ist. Im Jahre 1930 sind durchschnittlich 43 Prozent der Pflasterstein- und Schotterarbeiter ohne Arbeit gewesen. Im Straßenbaugewerbe waren im gleichen Jahre 41 Prozent ohne Beschäftigung.

Nimmt man hier die Zahl der in der Pflasterstein- und Schotterindustrie sowie im Straßenbaugewerbe in den Jahren 1926/27 beschäftigten 100 000 Arbeiter als Grundlage, dann ergibt sich, daß im Jahre 1930 rund 42 000 Arbeiter keine Beschäftigung finden konnten.

Die Existenz einer Industrie wird vernichtet, obwohl diese nur deutsche Rohstoffe verarbeitet, werden im Straßenbau Versuche mit allen möglichen Surrogaten einschließlich des Teers unternommen, die zum großen Teil aus dem Ausland importiert werden.

Sollten Herrn Prof. Dr. Hoepfner diese Tatsachen nicht bekannt sein? Wäre es nicht richtig, wenn alle die so schreiblustigen Herren Fachleute, die als Kronzeugen zur Klame für den Teerstraßenbau in der erwähnten Broschüre auftreten, sich auch ein klein wenig der Naturstein-Industrie und des Straßenbaugewerbes erinnern würden? Wir erwarten von den Herren Fachleuten und Behördenvertretern, daß sie künftig nicht in der bisher beliebten einseitigen Art die Klame trommel für den Teerstraßenbau rühren. Fachleute, und erst recht nicht bei Behörden, dürfen nicht einseitig und voreingenommen sein, sollten vielmehr bei allen ihren Handlungen bemüht sein, das soziale und wirtschaftliche Moment, und beim

Straßenbau besonders die Verkehrsentwicklung und Verkehrssicherheit im Auge zu behalten. Neuerungen von solchen Fachleuten werden von dem Laien als richtig und unbestritten hingenommen, und weil dem so ist, muß sich jeder ganz besonderer Objektivität befleißigen.

Die von der Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau der Öffentlichkeit übergebene Denkschrift des Herrn Oberbauverwalters Beder, Kassel, zum Etat 1930 der Landesstraßenbauverwaltung der Provinz Hessen-Nassau gibt ebenfalls Veranlassung zur Kritik. Der Herr Oberbauverwalter stellt in dieser Denkschrift die Behauptung auf, daß die ersten Kleinpflasterstraßen längst verschwunden seien und hätten diese eine Lebensdauer von 40 Jahren nicht erreicht. Grund dessen, so behauptet er, fehlen praktische Erfahrungen über die Lebensdauer der Kleinpflasterstraßen. Es ist kaum anzunehmen, daß der Oberbauverwalter die in seiner Denkschrift aufgestellte Behauptung nur auf seinen engeren Tätigkeitsbereich, die Provinz Hessen-Nassau, beschränken will. Demzufolge erscheint es notwendig nachzuweisen, daß die Behauptung des Herrn Oberbauverwalters Beder sehr irrig ist.

Das von Geh. Baurat Cravenhorst im Jahre 1885 eingeführte Kleinpflaster hat sich bewährt, liegt heute noch, und andere praktische Erfahrungen über die Lebensdauer der Kleinpflasterstraßen liegen in genügender Anzahl vor. Bemerkenswert ist, daß die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Verwendung gekommenen Kleinpflastersteine von ungeübter Hand, zum größten Teil als Scherben (Abfallsteine), hergestellt wurden. Ein Vergleich mit den heutigen, in den Steinbrüchen aus gutem Kernmaterial hergestellten Kleinpflastersteinen und den zu Anfang verwendeten dürfte genügen, um die Verbesserung der Kleinpflastersteine zu erkennen. Es gibt eine statistische Anzahl von Kleinpflasterstraßen, die 30 Jahre und darüber in Benutzung sind, einige seien nachstehend genannt:

1. Die Provinzialstraße Celle—Soldau wurde im Jahre 1894 mit Kleinpflaster Größe 5/6 cm gebaut, liegt somit 36 Jahre. Nach Angaben von Straßenbauachverständigen wird diese Straße noch ein weiteres Jahrzehnt dem bedeutend gesteigerten Verkehr standhalten.

2. Die Provinzialstraße Hannover—Hamburg wurde im Jahre 1897 mit Kleinpflaster Größe 5 cm gebaut, liegt 33 Jahre, ohne bisher nennenswerte Unterhaltungskosten verursacht zu haben. Der Verkehr auf dieser Straße ist besonders stark, trotzdem wird mit einer weiteren Nutzungsdauer von mindestens 10 Jahren gerechnet.

3. In Hohenhameln wurde im Jahre 1898 eine Straße mit Kleinpflaster 4/5 cm gebaut. Auf dieser Straße ist sehr starker Zuckerrüben-Transport, auch der übrige Verkehr ist stark. Trotzdem hat diese Straße in den 32 Jahren ihrer Nutzungzeit keine Unterhaltungskosten verursacht.

4. Die Dorfstraße in Bemerode wurde im Jahre 1901 mit Kleinpflaster Größe 5/7 cm gebaut. Auch auf dieser Straße ist sehr starker Zuckerrüben-Transport. In den 29 Jahren waren Ausbesserungen nicht erforderlich.

Diese wenigen Beispiele, die noch vervielfältigt werden können, dürften genügen, um Schlussfolgerungen über die Lebensdauer der Kleinpflasterstraßen ziehen zu können.

Es erscheint kaum glaublich, daß diese Tatsachen Herrn Oberbauverwalter Beder bisher unbekannt geblieben sind, demzufolge dürfte die Annahme berechtigt sein, daß Herr Beder in seiner Denkschrift nicht die Absicht hatte, die Vorzüge, in sozialer, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Hinsicht, der Straßenbedecken hervorzuheben, sondern die Denkschrift ist nichts mehr und nichts weniger als eine rein geschäftliche, einseitige Werbeschrift für den Teerstraßenbau; sonst konnte nicht die Erlaubnis erteilt werden, daß ein Auszug aus der Denkschrift durch die Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau e. V. in Essen als Werbeschrift herausgegeben wurde. In der Denkschrift des Oberbauverwalters wird noch gesagt, daß Nachweisungen aus Abrechnungen über die jährlichen Unterhaltungskosten für Teerdecken nicht vorliegen; es handle sich um Schätzungen bei den angenommenen Zahlen. Als Unterhaltungssatz für die Teerdecke im Prinzip der Zerstörung werden 10 Pfennig je Quadratmeter und Jahr angegeben und besonders hervorgehoben, daß dieser Satz nicht erreicht wird, weil die Möglichkeit der Verbesserung in der Bauweise gegeben sei, und demzufolge die Unterhaltungskosten herabgemindert werden.

Anders beim Kleinpflaster. Hier wird von Oberbauverwalter Beder für die Unterhaltung mindestens 5 Pf. je Quadratmeter und Jahr als bestimmt angenommen. Er beiteilt sogar, daß in den ersten 20 Jahren für die Kleinpflasterdecke Unterhaltungskosten nicht entstehen und begründet dieses mit dem Hinweis, daß es vorzuziehen wäre, daß Kleinpflasterdecken nach ihrer Uebergabe in den Verkehr sofort Ausbesserungs- und Nacharbeiten verursachen. Des weiteren verweist Oberbauverwalter Beder darauf, daß die Unterhaltung der Chauflierungsstränder rechts und links der Kleinpflasterdecke von Jahr zu Jahr erhöhte Kosten verursacht, die ihren inneren Grund in der Entwicklung des Verkehrs finden. Auffällig ist sein Bemühen in der Denkschrift, den bestimmten Nachweis zu erbringen für die Unterhaltungskosten der Kleinpflasterdecke. Da letzteres anscheinend nicht ohne weiteres gelingt, weil die angegebenen 5 Pf. pro Jahr und Quadratmeter als zu hoch erscheinen, werden einfach die Unterhaltungskosten der Chauflierungsstränder mit auf die Kleinpflasterdecke übertragen. Würde das selbe auch bei der Teerdecke geschehen sein, könnte dagegen nichts eingewendet werden. Aber so —? Wenn Oberbauverwalter Beder zugibt, daß auf Grund des Mangels an Erfahrungen über die Lebensdauer der Teerdecke die Betrachtungen nur spekulativ sind, weil die Bauweise erst neueren Ursprungs ist, so trifft dieser Hinweis auf die Kleinpflasterdecke nicht zu, im Gegenteil liegen hier Erfahrungen genügend vor, um Berechnungen für die Unterhaltungskosten vorzunehmen. Es ist unbestritten, daß die Kleinpflasterdecken an Unterhaltungskosten einen geringeren Satz als 5 Pf. pro Quadratmeter und Jahr verursachen.

In der Denkschrift vermissen wir auch den Hinweis, daß das Kleinpflaster qualitativ heute bedeutend höher bewertet werden muß, als in den Jahren 1885 bis 1900, daß ferner die Bauweise der Straßenbedecken heute technisch ganz anders vorbereitet und demzufolge eine weit größere Nutzungsdauer erzielt wird. Was man für den Teerstraßenbau erwartet, ist für Kleinpflaster längst, längst Tatsache geworden. Pflicht der Fachleute wäre es (Herrn Oberbauverwalter Beder inbegriffen), der Öffentlichkeit auch hiervon Kenntnis zu geben, wenn sie sich nicht des Vorwurfs der Einseitigkeit schuldig machen wollen. Sehr auffällig ist, daß keiner der Herren Fachleute, die sich für die Teerstraßenbedecken verbündet betätigen, bisher auch nur den Versuch unternommen hat, Vergleiche über Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und soziale Wirkungen der verschiedenen Straßenbedecken vorzunehmen. Letzteres unterließ wohl nur, weil bei derartigen Vergleichstellungen unstreitig der Aktivposten auf Seiten der Kleinpflasterdecke zu finden ist.

Nicht mit Vermutungen und Annahmen, ebensowenig mit dem Rechenstift allein kann man den Nachweis dafür erbringen, ob das eine erstrebenswerter, das andere untauglich ist. Die Theorie steht nicht selten im Widerspruch zur Praxis, weil dieses so ist, sollte man von den maßgeblichen Fachleuten verlangen, daß sie nicht den theoretischen Annahmen, sondern den praktischen Tatsachen das Wort reden. Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht kostspielige Versuche, sondern erfordern praktisches, wirtschaftliches und soziales Handeln.

Die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie sowie das Straßenbaugewerbe mit 100 000 beschäftigten Arbeitern haben Anrecht auf Erzeugnisse, die Rohprodukte werden im Lande selbst gewonnen und bearbeitet, somit verbleiben alle für den Straßenbau aufgewendeten Summen

im Lande und finden im Interesse der Gesamtwirtschaft Verwendung.

Bei der bisherigen Haltung der Straßenbaubehörden und berufenen Fachleute vermissen wir die Würdigung der Bedeutung, die die Pflasterstein- und Schotterindustrie für den deutschen Straßenbau und die Volkswirtschaft hat. Pflicht aller ist, mitzuwirken, das Heer der Arbeitslosen zu vermindern.

Schaffen wir Arbeit, beseitigen wir die Gefahr der Existenzunsicherheit — der moralischen Verflümmung. Geben wir den 42 000 arbeitslosen Stein- und Straßenbauarbeitern die Möglichkeit der produktiven Tätigkeit, dann bewahren wir, Frauen und Kinder eingerechnet, weit über 100 000 Menschen vor der bittersten Not.

Alb. Sch. I.

So wird der Straßenbau „gefördert“

Im Zusammenhang mit der im vorstehenden Artikel glosierten einseitigen Propaganda im Straßenbau und der in Essen befindlichen „Auskunft- und Beratungsstelle für Teerstraßenbau“ erscheint uns die Wiedergabe eines mit M. geseichneten Artikels aus der Bielefelder „Volkswacht“ vom 3. Januar 1931 sehr angebracht. Er beleuchtet nach unserer Auffassung sogar begallich die Befleckung des Profitemachens zwischen Auskunftsstelle — Teerstraßenpropaganda — Straßenbau. Die „Volkswacht“ legt dem in der Ueberschrift genannten Stichwort noch folgende Ueberschriften hinzu: „Ausbeutung der Straßenbauverbände — Hochofenschlache und Teermarktadam — ein feines Geschäft“ und schreibt dann:

„Die beim Hochofenprozeß zurückbleibende Schlache war früher noch weniger als wertlos. Sie wurde auf die Halde geschüttet und häuften sich hier zu hohen Schlachdenbergen. Das Fortschaffen kostete Geld und so war man heilfroh, wenn sich jemand fand, der sie abnahm, wobei die Werte vielfach noch Geld zuzahlten, bloß um den lästigen Abfall los zu werden. — Das hat sich jetzt gründlich geändert. Hochofenschlache ist heute ein beliebtes Straßenbaumaterial und zwar als wesentlicher Bestandteil des sogenannten Teermarktadams. Es ist dies ein Gemisch von Hochofenschlache und Teer, das nach einem besonderen Verfahren hergestellt wird. Statt Hochofenschlache kann auch bester Basalt verwendet werden. In Rheinland-Westfalen aber wird vorzugsweise Hochofenschlache benutzt, da dieselbe außerordentlich hart ist und sich sehr bewährt hat. Es ist natürlich zu begrüßen, daß es gelungen ist, aus dem lästigen Abfall ein nützliches Straßenbaumaterial zu schaffen. Hauptächlich sind es die großen Provinzial- und Kreisstraßen, die eine Decke aus diesem vorzüglichen Material erhalten. Bei den anderen Straßen sieht man die hohen Kosten. Es klingt recht paradox, daß die Straßen aus diesem Abfallstoff besonders teuer sein sollen. Und doch ist es so. Die Erklärung dafür: Unsere Straßenmagnaten wollen auch ihren Anteil von den Straßebaugeldern haben! Kaum merkte man, daß sich die Hochofenschlache vermehren ließ, da wurde flugs ein Monopol geschaffen, um die Straßenbauverbände ordentlich schröpfen zu können.“

Ein lukratives Geschäft! Hauptlieferanten für Hochofenschlache sind die Vereinigten Stahlwerke. Die Aufbereitungskosten für Teermarktadam betragen noch keine 5 Mark für die Tonne, 10,80 Mark aber verlangen die Vereinigten Stahlwerke dafür. Ein lukratives Geschäft, nicht wahr? Unsere Stahlmagnaten sind damit aber noch nicht zufrieden. Sie meinen, daß ihnen von den Steuergebern, die für den Straßenbau zur Verfügung stehen, ein weit größerer Teil gebühre. Freilich würde es übel aussehen, wenn sie für ihren Teermarktadam vielleicht das 3- oder 4fache der Herstellungskosten verlangen würden. Das räche doch zu sehr nach Wucher und könnte schließlich auffallen. Aber wozu gibt es denn Dachgesellschaften? Doch nur, um allzu hohe Gewinne zu verschleiern. Also gründete man zwei Wegebaugesellschaften, und zwar die Gesellschaft für Teerstraßenbau in Essen und die Straßenbaugesellschaft in Köln. Die beiden Firmen bekamen das Monopol für Hochofenschlache-Teermarktadam. Wie diesem Monopol zwingen sie die Mehrzahl der übrigen Straßenbaugesellschaften, sich ihnen anzuschließen und ihre Kapitalmehrheit an eine der beiden Monopolfirmen abzutreten. Damit die einzelnen Gesellschaften sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen, dürfen sie Straßenbaugesellschaften nur im Einvernehmen mit ihrer Dachgesellschaft abgeben.“

Wie wirken sich Monopolbildungen aus? Die Vereinigten Stahlwerke berechnen den beiden Monopolgesellschaften, wie schon erwähnt, 10,80 Mark pro Tonne. Diese schlagen mindestens 3 Mark als „Generalunkosten“ darauf. Für das bloße Ausschreiben der Rechnung scheint das ein bißchen viel, nicht wahr? Aber das scheint nur so. Fragen Sie einmal, man wird Sie belehren, daß dies eigentlich viel zu wenig sei, vielleicht rechnet man Ihnen sogar vor, daß man direkt bares Geld zulege. Mit Zahlen läßt sich halt alles beweisen, was man gerade beweisen will. Den Tochtergesellschaften kostet die Tonne Teermarktadam jetzt also 14 Mark. Diese wiederum dürfen Teermarktadam nicht unter 16 Mark abgeben. So behalten denn die Straßenbauverbände, das heißt natürlich, in Wirklichkeit wir, die Steuerzahler, über das dreifache des Herstellungspreises.

Bonfot gegen Außenleiter. Die Monopolgesellschaften sind eifrig bemüht, ihre Stellung zu festigen. Unerbittlich geht man gegen Außenleiter vor. Vor kurzem ereignete sich ein besonders krasser Fall. Eine Firma, die bekannt gute Arbeit liefert, dem Monopolkonzern aber nicht angehört, bekam von der Provinz Westfalen zum ersten Male einen größeren Auftrag, da sie das billigste Angebot abgegeben hatte, obwohl sie natürlich den Monopolpreis von 16 Mark für die Tonne Teermarktadam bezahlen muß, während die Monopolfirmen ja nur 14 Mark zu zahlen haben. Was tut nun der Monopolkonzern? Er bonfottiert die Firma, indem er beschließt, daß bei einer Konventionalstraße von 20 Prozent des Auftrages kein Teermarktadam an dieselbe verkauft werden darf. Auf diese Weise will man der billigeren Firma die Ausführung des Auftrages unmöglich machen und sie zum Eintritt in den Monopolkonzern zwingen, um hernach die Träger des Straßenbaues ungestörter schröpfen zu können. — Man sieht hier wieder einmal, wie in schamlosester Weise ein privatkapitalistisches Monopol ausgebeutet wird. Die Großindustrie jammert ständig darüber, daß die Öffentlichkeit Hand nicht parsam genug wirtschaftet, sie selbst aber nimmt gar keinen Anstand daran, dieser selben Öffentlichkeit Hand durch Wucherpreise den Straßenbau zu verteuern. Uns muß dieser Fall ein weiterer Ansporn im Kampfe gegen das Privatmonopol sein. Monopole dürfen nur vom Staate und im Interesse des Staates geschaffen und verwaltet werden.“

Soweit der Artikel aus der „Volkswacht“. Wer nun von unseren Lesern etwas Kombinationsgabe besitzt, wird von sich aus ohne geistige Anstrengung die tiefsten Zusammenhänge und das kapitalistische Handhandarbeiten zum Schaden der Allgemeinheit und unserer Kollegen im besonderen herausfinden. Damit gewinnen natürlich auch die sogenannten Gutachten der sachlichen Teer-Praktiker im Straßenbau, von denen im ersten Artikel die Rede ist, eine ganz eigenartige Bedeutung. Sie sind, abgesehen von anderem, um es ganz offen zu sagen: Schlechendes Gift für die Natursteinindustrie! Wir verweisen hierbei auf einen Artikel in Nr. 30 der „Preussischen Gemeinde-Zeitung“ von Dr. Borchert-Essen (sic! Red.). In diesem Artikel über die Bedeutung der Straße als Verkehrsverbinder wird für Teermarktadam eifrig geworben. In geschickter Aufmachung beruft sich ein Gutachter auf den anderen. Die Zahlen zugunsten dieses vielversprechenden Teermarktadam im Gegensatz zur Steinpflasterdecke lesen sich allerdings wie eine Milchmädchen-Rechnung, aber das macht nichts aus, denn einer gelbblumigen Gemeindefirma wird das, weil angeblich billig und gut und sogar von einem Dr. geschrieben, schon imponieren. Wir glauben, daß die Unternehmerverbände im Steinstraßenbau und in der Pflasterstein- und Schotterindustrie sich hier rühren müssen, und zwar rühren müssen unbestimmt um das bekannte Sprichwort von der Krähe, die einer andern kein Auge aussticht.

Was irgend gelten will und wollen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme • Karl Marx

Lohnsteuererstattung für 1930. Durch Runderlaß des Reichsministers der Finanzen wird auch für 1.30 die Lohnsteuererstattung zugelassen. Der neue Runderlaß enthält allerdings von dem im Vorjahr ergangenen etwas ab, so in bezug auf die erstattenden Kaufbetrag der lebigen Arbeitnehmer, die Ledigensteuer zu entrichten haben. Die Frage: Wann können die Erstattungsanträge gestellt werden? beantworten wir im nächsten „Steinarbeiter“.

Dobrilugl. Besonders dringend wird vor Arbeitsaufnahme bei der Firma D. Koppe in Dobrilugl gewarnt, ihren schriftlichen und mündlichen Verprechungen ist keinerlei Wert beizulegen. — Ein Kollege riskierte, den Verprechungen vertrauend, den Umzug nach Dobrilugl. Kaum war der Umzug beendet, begannen die Schikanen, und zwar derart, daß der Kollege schnellstens seine Möbel und die Familie an den früheren Ort verbringen mußte, um im bisherigen Wohnort wieder Wohnung zu erhalten. Der Betroffene hat einen Schaden von reichlich 350 Mark erlitten, die erst durch Klage beigetrieben werden müssen. — Der Taubenschlag Dobrilugl ist also streng zu meiden, um so mehr, als ja auch untertariflich entlohnt werden soll.

Wattenbach. Generalversammlung am 15. Dezember 1930. Tagesordnung: 1. Sonderunterstützung. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. Von den Kollegen wurde begrüßt, daß der Verband die Hauptnot der erwerbslosen Kollegen etwas mildern hilft. Bei der Neuwahl wurde der 1. Vorsitzende Beinhauer mit allen Stimmen wiedergewählt, 2. Vorsitzender wurde Martin Peter, Kassierer Oswald Hesse, Schriftführer Georg Mohr, Revisoren Richard Winter und Georg Loggesele. Der Vorsitzende dankte dem scheidenden Kassierer Wilh. Horn im Namen der Kollegen für seine eifrige Arbeit in der Zahlstelle und bedauert das Ausscheiden des Kollegen aus unserem Verband, um künftig jenem der Bergarbeiter anzugehören. Unter „Verschiedenes“ fordern die Kollegen, daß der Verband alle Verbände des ADGB. aufruft zum Kampf gegen die Faschisten.

Tessin. Am 3. Januar wurde eine gutbesuchte Jahresversammlung abgehalten. Die Tagesordnung war sehr umfangreich. Der Vorsitzende gibt einen Ueberblick über das vergangene Jahr, das für die Kollegen als ganz schlecht bezeichnet wurde, er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Jahr uns eine bessere Arbeitsgelegenheit bringt, und ermahnt die Kollegen, dem Verband die Treue zu halten, zu werben und der Zukunft mit Kampfesmut entgegenzusehen. — Das Protokoll vom 3. Quartal wurde verlesen. — Der Kassierer gibt den Kassenbericht, der geprüft und als richtig befunden war. Der Kassierer wurde entlastet. — Dann wurde der Kartellbericht bekanntgegeben und gutgeheißen. — In der Frage Ortszulage betr. Krankenunterstützung wurde beschlossen, die Unterstützung nicht länger als 6 Wochen zu zahlen. In „Verschiedenes“ wurden vom Vorsitzenden einige Rundschreiben verlesen, dann wurde diskutiert über den Kollegen Emil Höft, der, wie festgestellt wurde, seit Mitte September in Arbeit steht, aber immer Arbeitslosennamen geklebt hat, um in den Besitz der Sonderunterstützung zu kommen. Der Kollege wurde von der Versammlung wegen verbandsschädigenden Verhaltens mit Mehrheit ausgeschlossen, darauf Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Duisburg. Monatsversammlung am 14. Dezember 1930. Tagesordnung: 1. Ehrung eines Jubilars. 2. Maßnahmen gegen die Firma H. Hauth. 3. Verschiedenes und Auszahlung der Weihnachtsunterstützung. Der Vorsitzende Kollege Wanders dankte den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch alle kommenden Versammlungen des Jahres 1931 ebenso besucht sein möchten. Darauf begrüßte er den Jubilar und gratulierte im Namen der Zahlstelle zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum. Er überreichte ein künstlerisch ausgeführtes Gedichtblatt, sowie ein Buch über des Genossen Legiens Leben und noch verschiedene andere Geschenke. Der Jubilar ist der Kollege Wilh. Fiedler aus Koblenz, der in fertigen Worten den Kollegen der Zahlstelle seinen Dank aussprach. — Die Versammlung nimmt darauf ihren geschäftsmäßigen Fortgang. Nach Verlesung des Protokolls teilte der Vorsitzende mit, welche Schritte bis jetzt gegen die Firma H. Hauth unternommen worden sind. Die Folge aller dieser Verhandlungen war bis jetzt, daß jeder, der bei Hauth arbeitet, gezwungen ist, das Arbeitsgericht in Anspruch zu nehmen, um seine tarifmäßigen Gehaltsansprüche zu erlangen. Obwohl sich sämtliche Belegschaftsmitglieder in dieser Zwangslage befinden und durch namentliche Unterschrift sich bereit erklärt haben, ihre Rechte im Notfall beim Arbeitsgericht geltend zu machen, haben bis jetzt nur drei Kollegen, Verlebach, Wanders und Ziegler, die Konsequenz gezogen. Es ist ja heute gewiß schwer, es darauf ankommen zu lassen, aber wenn man Gewerkschafter sein will, muß man vor allem den Kollegen gegenüber zu seinem Wort stehen. Vor solchen Kollegen hat dann der Arbeitgeber Respekt, wenn er sie auch sonst nicht liebt. — Nachdem noch Kollege Wanders über seine Erfolge bei der Friedhofskommission betr. Grabdenkmäler und Einfassungen auf den hiesigen Friedhöfen berichtet hatte, wurde nach Auszahlung der Weihnachtsunterstützung die Versammlung geschlossen.

Zakubowiz. Am 4. Januar 1931 fand in Randzin eine Konferenz der Steinseher und Kammer für den Bezirk Oberschlesien statt. Vertreten waren 9 Zahlstellen mit 18 Delegierten und der Gauleiter, Koll. Piefke. Der Gauleiter begrüßte die Kollegen und wünschte ihnen ein besseres Jahr. Nach der Vorstandswahl fungierte Kollege Bajer, Hermann, Gleiwitz, als Vorsitzender und Kollege Marek, Bruno, Zakubowiz, als Schriftführer. Auf der Tagesordnung standen 4 Punkte, nach deren Bekanntgabe wies Kollege Piefke auf die Tarifbedingungen hin. Besonders von ihm hervorgehoben wurde, daß die Tarifverträge von den Arbeitgebern

wie auch von vielen Kollegen nicht respektiert werden infolge der großen Arbeitslosigkeit im Beruf. Kollege Bajer ermahnt die sämtlichen Delegierten, den Kollegen der Zahlstellen nahezu legen, gerade in dieser schweren Zeit dem Verbands die Treue zu halten. Dann gab Kollege Graf einen Ueberblick über die Wahlfahrtsrichtung und wies darauf hin, daß die Einnahmen 1930 gegen das Jahr 1929 um ca. 4000 Mark zurückgegangen ist. In einer Resolution wurde festgestellt, daß sämtliche Zahlstellenvorstände und Zahlstellenassistenten darauf hinwirken, daß tatsächlich die Beiträge entrichtet werden, wie sich der Stundenlohn beläuft, Lokal- und Invalidenbeitrag nicht mit eingerechnet. Zum Schluß gab Kollege Piefke einige Richtlinien über das Lehrlingswesen. Beschlissen wurde, daß die Zahlstellen die Lehrlinge namentlich auf eine Liste aufführen und diese Liste dem Mitgestellen, Kollegen Bajer, zusenden. Beschlissen wurde ferner, in Zukunft zu jeder Konferenz den Mitgestellen hinzuzuziehen und die Unkosten aus der Bezirkskasse zu zahlen.

Anfallverhütung im Steinbruchsbezirk

Unter der Ueberschrift „Arbeitschutzfragen“ hat das Reichsarbeitsministerium als IV. Sonderband zur Reichsausgabe der Jahrsberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1929 fützlich eine Schrift herausgegeben. (Berlin 1930. 54. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.)

Wir begegnen darin auch einer ausführlichen Zusammenstellung, in der Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium A. Schmitt Bemerkenswertes aus Unfallverhütung und Gewerbehygiene zusammengefaßt hat. Ueber „Sprengstoffe“ werden darin Ausführungen gemacht, die die Berufsausübung der Steinarbeiter wesentlich angehen. Nämlich:

Die großen Gefahren, die der Umgang mit Sprengstoffen sowohl bei der Herstellung als auch bei der Verwendung bietet, sind bekannt. Leider lassen sie sich bei der Herstellung von Nitroglycerin, selbst bei Voricht, nicht immer vermeiden. Anders liegen die Verhältnisse am Hauptverwendungsort der fertigen Sprengstoffe, in den Steinbrüchen. Hier sind die Ursachen oft grobe Verstöße gegen altbekannte Vorsichtsmaßregeln, die trotz der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Aufsichtsbeamten nicht genügend beachtet werden.

Beim Laden eines Sprengschusses in einem Steinbruch wurde der für Schwarzpulver vorgeschriebene Ladetrieger nicht verwendet. Pulverstaub setzte sich an der Bohrwand fest. Durch seitliches Ausprühen der schadhafte Zündschnur erfolgte ein Zerknall dieses Pulverstaubes. Die Arbeiter glaubten, es sei die ganze Sprengladung explodiert, und begaben sich auf die Sprengstelle. Kaum waren sie dort angelangt, erfolgte auch schon der Zerknall der Sprengladung. Ein Arbeiter wurde dabei tödlich verletzt.

Trotz aller Mahnungen und Befehlen bei Betriebsbesichtigungen werden immer noch Sprengladungen, sogenante Verlager, ausgebohrt. Beim Ausbohren eines Verlagers in einem größeren Steinbruchbetrieb wurde ein sonst gut eingearbeiteter Schießmeister schwer verletzt. Dem Schießmeister wurde die Sprengerlaubnis entzogen.

In einem Steinbruchbetrieb sollte eine Sprengladung elektrisch gezündet werden. Der Schießmeister band eine Zündkapsel auf das eine Ende des Ladestodes mit einer Schnur fest und wollte die Kapsel so in das Bohrloch einführen. Die Zündkapsel explodierte hierbei und brachte auch die Ladung zur Entzündung. Der Schießmeister wurde schwer verletzt. Vor der Verwendung des Zünders sollte dieser in eine Sprengpatrone eingebettet und so in das Sprengloch eingeführt werden. Bei Verwendung von Pulverzünden wäre der Unfall auch vermieden worden.

Die Unfälle, Schnürschüsse schnell hintereinander zu laden, ohne die vorgeschriebene Wartezeit einzuhalten, führte zu einer schweren Verletzung eines Schießmeisters. Sofort nach dem ersten Schuß brachte der Schießmeister die Ladung des zweiten Schusses ein. Noch bei der Einführung der letzten Patrone explodierte diese und der herausfliegende Ladestock verletzte den Schießmeister an den Händen und Armen und verbrannte ihm außerdem noch das Ge-

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In Dobrilugl versucht der Inhaber des Schleiferbetriebes, Herr Koppe, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. — Von dort fernbleiben!

In Sommersdijf (Holland) Streik der Steinseher. Kein deutscher Kollege darf zureisen.

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht veräußert werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatischen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Es liegt Selbstverschuldung vor, da ihm als Schießmeister diese Gefahren genau bekannt sein mußten.

Immer wieder wurde festgestellt, daß die Lagerung der Sprengstoffe, insbesondere an den Baustellen selbst, nicht ordnungsgemäß vorgenommen wird. Trotzdem außerordentlich hohe Strafen auf dem Vergehen ruhen, wird diese Vorschrift wenig beachtet. In einigen Baustellen kam es vor, daß im Unterkunftsraum und im Büro Schlagpatronen und Sicherheits-Sprengstoffe gelagert waren.

Desgleichen wurde beobachtet, daß die Ausbildung derjenigen Personen, die sich erstmalig um die Ausstellung eines Sprengstoff-erlaubnischeines bewarben, außerordentlich mangelhaft war. In zahlreichen Fällen ergaben die Prüfungen ein solch erstaunliches Maß von Unkenntnis, daß die übliche Befangenheit der Prüflinge als Erklärung nicht mehr ausreichte. Auf Befragen gaben einzelne Prüflinge an, daß ein ordnungsmäßiger und gründlicher praktischer und theoretischer Unterricht überhaupt nicht stattgefunden habe. Die Gefahren, die infolge dieser mangelhaften Ausbildung dem Bemerber selbst, seinen Mitarbeitern und darüber hinaus der Allgemeinheit drohen, liegen auf der Hand.

Lebensmittelverteuerungskalender für 1930

Es ist ein widersinniger Zustand, daß eine Regierung auf der einen Seite den Preisabbau mit allen Mitteln, wie sie sagt, fördern will, und auf der andern Seite gesetzliche Maßnahmen trifft, um eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel zu erzwingen. Die Konsumgenossenschaft Berlin hat einen Lebensmittelverteuerungskalender für 1930 zusammengestellt, der in seiner nüchternen Aufzählung der getroffenen Maßnahmen ohne jeden Zusatz wirkt. Die folgenden Tatsachen zeigen, daß das Wort „Preisabbau“ geradezu als ein Hohn bezeichnet werden muß.

- Januar:** Die Zölle für Roggen wurden auf 9 RM. und für Weizen auf 9,50 RM. je Doppelzentner erhöht.
- Februar:** Die Einfuhr ausländischer Weizens wird abgedrosselt durch die Vorschrift, daß in jeder Weizenmehlmenge 50 Prozent Inlandweizen sein müssen.
- März:** Die von der Regierung organisierten Roggenpreisspekulationen werden fortgesetzt. Der Roggenpreis wird dadurch in die Höhe getrieben. Die Spekulanten erhalten aus Reichsmitteln Zuschuß. Der Zoll für Roggen und für Weizen wird auf 12 RM. je Dz. erhöht. Der Zoll für Kaffee wird auf 80 Pfennig je Pfund erhöht, für Tee auf 1,75 RM.
- April:** Durch das neue Maismonopol wird der Preis für Futtermais erhöht. Der Zoll für Weizen wird auf 15 RM. je Doppelzentner erhöht.
- Mai:** Der Wert der den Großagrariern und Exporteuren geschenteten Einfuhrzölle wird auf 100 RM. je Tonne ausgeführten Roggens erhöht. Der Zoll für Roggen wird auf 15 RM. je Dz. erhöht. Die Umsatzsteuer wird auf 8% vom Tausend erhöht. Für Konsumweine und Einzelhandelsbetriebe wird mehr als 1 Million RM. Jahresumlauf wird eine besondere Steuer von 0,5 Proz. des Umsatzes eingeführt. Für Mineralwasser und Limonaden wird eine besondere Steuer eingeführt.
- Juni:** Große Mengen Roggen werden mit Coftin gefärbt und dadurch für menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht. Der Coftinroggen wird als Futtermittel billiger verkauft; die Reichskasse leistet Zuschüsse.
- Juli:** Durch das Brotgesetz wird vorgeschrieben, daß der Roggen nur bis zu 60 Prozent ausgemahlen werden darf. Große Mengen des Roggens werden also für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht. In Verbindung mit dieser Brotverschlechterung wird auf Reichskosten ein kostspieliger Werbefeldzug zugunsten des Roggenbrot durchgeföhrt.
- August:** Der Zoll für Speiseerbsen wird auf 15 RM. je Doppelzentner erhöht.
- September:** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ordnet an, daß die Mühlen in jeder Menge Weizenmehl höchstens 40 Prozent Auslandweizen haben dürfen. Der Weizenzoll wird auf 18,50 RM. je Dz. erhöht. Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch wird gänzlich aufgehoben. Der Zoll für Weizen wird auf 25 RM., für Gerste auf 20 RM. erhöht. Die Mühlen müssen in den Monaten Oktober und November in der Weizenmenge, die sie in diesen Monaten vermahlen, mindestens je 80 Prozent Inlandweizen vermahlen.
- November:** Der Butterzoll wird von 27,50 RM. auf 50 RM. je Doppelzentner erhöht.
- Dezember:** Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember wird a) eine Verteuerung der Margarine herbeigeföhrt, indem die Verwendung ausländischer Talges oder Schmalzes kontingentiert wird; b) der Kleinzoll auf 10 RM. je Dz. festgelegt, was die Molkeerprodukte und Schweine im Preise erhöhen wird; c) der Hirschezoll von 1,50 RM. auf 15 RM. je Dz. erhöht; d) die Regierung ermächtigt, den Gerstenzoll zu erhöhen.

Als Bildhauer auf Zipperei in Italien

Immer hatte ich mir die Nase selbst gewischt, als Baby — sogar mit den Füßen, wie meine Mutter mir erzählt hat, den noch mühte ich öfters hören: „Dir muß die Nase erst noch mal gewischt werden.“ Also los, ohne Geld in die Welt! Ihr älteren Kollegen wartet früher besser dran, irgendwo findet ihr doch Arbeit. Heute? —

Mein Wanderkumpan war ein Berliner — ganz außer allen Regeln — gar nicht großschnauzig. Trotz seiner 20 Jahre lautete er wie ein Schlot und — priemte noch dazu. Unser Ziel war Venedig, Florenz, Rom Neapel. Zurück wollten wir an der anderen Seite des Stiefels, Pisa, Genua. Mit allerlei Idealen, Hoffnungen und mit abgefügten Hosentagen kamen wir glücklich ohne Geld über den Brenner.

Was in dem fremden Land fällt uns nun auf? Ueberall Straßenbauten und Erneuerungen, meist Schotter, selten Pflasterung. In allen passenden und nichtpassenden Mauern, Häusern ist überall überlebensgroß der Kopf Mussolinis zu sehen. (Schablonenmalerei, schwarzweiß). Und faschistisch, also mit erhobener Hand, grüßen selbst die Steinklopfer an der Straße. Wie unzufrieden diese sind weiß ich, denn wo es nur irgend ging, hob ich mich mit ihnen unterhalten. Dabei traut keiner dem anderen, denn Regime und Zensur sind streng. Andere Gedanken haben oder gar aussprechen, als den alleinigmächtigen Faschismus, das ist immer gefährlich. Wirkliche Arbeiterorganisationen gibt es nicht! Im Verhältnis zur Lebenshaltung sind die Löhne sehr niedrig. In vielen Wirtschaften steht: „Streng verboten, in diesem Lokal

von Politik zu reden.“ Doch etwas muß ich feststellen: Der Deutsche ist jetzt wieder einmal sehr beliebt in Mussolinien. Uns armen Wanderern wurde viel Sympathie entgegengebracht; schlechter ging es uns später in Frankreich, aber davon mag ich jetzt nicht schreiben.

In Venedig fand ich 3 Wochen Beschäftigung als — Reklamemaler, denn als Bildhauer Arbeit zu finden war ganz aussichtslos. Da, wo alle Fremden hinkommen, wo alles heiter und sonntig ist, Markt und rüber zum Weltbad Lido, dort ist natürlich auch keine Arbeit. Ich war aber oft in jenen Glendvierteln Venedigs, wo das Photographieren verboten ist und aller Unrat auf den Gassen liegt. Und oft genug bettelten mich dort die Kinder an, denn alle Fremden haben ihrer Ansicht nach Geld. Und doch ist Italien nicht mehr das Land der Bettler. Zudem läuft der Italiener nicht gern; im Gebirge hilft der Mauseisler und sonst hilft das Fahrrad. Ähnlich wie in Frankreich gibt es nur alte berufsmäßige Vagabunden mit dem Bettelstab über der Schulter. Genügsam war der Italiener schon immer und leichtgläubig, immer zum Singen aufgeleitet ist er noch heute. Militär ist überall genügend zu sehen und Flieger sausen immer mehrere zugleich in der Luft herum.

Soviet Weintrauben wie in einer Woche in Italien habe ich im ganzen Leben vorher nicht gesehen. Oftmals mußten wir den Weinberg fluchtartig verlassen, denn allzuviel wirkt schnell. Brot, Trauben, Feigen, auch Tomaten waren unsere Hauptnahrung. Und Wein, so daß ich unterwegs gesungen habe wie ein Südländer, nur nicht so schön. Polenta (Maisgebäck) gibt es nur in manchen Distrikten. Geschlafen haben wir, wenn es ging, beim Bauer, aber

meistens doch „Blatte gerissen“. Durch meinen Aufenthalt in Venedig hatte ich den priemenden Berliner verloren und gegen einen echten Weiskalen eingetauscht, mit dem ich dann später auch durch die Schweiz nach Frankreich walzte. In Florenz erhielten wir vom Deutschen Konsulat Eisenkarten für dreimal, aber wir haben alles hintereinander weggepußt, denn Mittags warm essen gibt es nicht immer als Landstreicher.

Mein Steinhauerherz hüpfte vor Freude, als ich in Florenz und Rom Michelangelos Statuen sah, vor allem David im Florentiner Museum hatte es mir angetan. Denn da fühlt man erst, in welcher anderen Zeit wir heute leben. Obwohl mein Kumpan und ich nicht katholisch waren — wir wurden in Rom beim Papst zur Audienz zugelassen und haben im Vatikan mit anderen 100 Menschen aller Bevölkerungsschichten den Segen vom Papst persönlich über uns ergehen lassen. Am 5. Tage seit unserer Ankunft in Rom wollten wir weiter nach Neapel, doch der Mensch denkt, und Mussolinis Polizei lenkt. Wir waren mittellos, ohne Arbeit, wurden aufgegriffen, verbracht in einen Nachmittags wegen „Questura“ (Bettelei) auf der „Polizia“ und nachts 12 Uhr ging es zurück zum Brenner, ohne Neapel gesehen zu haben. Schade! Und Carrara mühte ich auch links liegen lassen. Und nun zum Schluß: Ich kenne manchen Kollegen, älter und jünger als ich, denen es ganz gewiß nichts schaden würde, sich auch mal so die Nase wischen zu lassen wie es mir geschah in Mussolinien. Das kann man gar nicht so im einzelnen schildern, das muß man erleben, und ist dann schließlich doch froh, wieder in seiner Heimat zu sein. Der Heimat, an der die deutschen Faschisten und die deutschen Mostauer beiläufig sehr, sehr viel, jeder auf seine Art, auszujucken haben — weil sie anderes nicht kennen. Lb.

Ja, die „hohen Löhne“. Den Vogel abgeschossen (in der Beurteilung des Katastrophenjahres 1930) hat wieder, wie nicht anders zu erwarten war, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie, Herr Rechtsanwalt Dr. Andres. Man muß staunen über das Maß von Ignoranz (Nichtwissenwollen), das dieser Doktor und Rechtsanwalt in seinen erlenkenden Artikeln erkennen läßt. Nach seiner Meinung sind hauptsächlich die „hohen“ Löhne schuld an der ganzen Mißere und damit natürlich die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Daß Kriegen die natürlichen Begleitererscheinungen des privatkapitalistischen Systems sind, das braucht ein Akademiker vom Schlage des Herrn Andres nicht zu wissen, oder richtiger, zuzugeben. Ebenjowenig, daß die deutsche Kriege einen Teil der Weltkriege bildet, die auch Länder mit niedrigeren Löhnen nicht verschont.

Recht lehrreich für die Arbeiterchaft sind indessen (ungewollt) die folgenden Ausführungen des „gelehrten“ Herrn:

„Man wird es deshalb im gegenwärtigen Augenblick noch als den einzigen Aktionsposten, den wir besitzen, bezeichnen können, daß wir wenigstens noch eine Regierung haben, die den Willen und auch den Mut hat, wenigstens die dringendsten und unaufschiebbar gewordenen Aufgaben zu lösen. Dies ist immerhin ein Fortschritt, und es verdient, an der Jahreswende dies ausdrücklich festzustellen. Denn man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie die Situation am Ende des vorigen Jahres 1929 war. Der damalige Reichsarbeitsminister Wislitzki erklärte noch in seiner Neujahrsbetrachtung im „Vorwärts“, daß es ihm gelungen sei, das Reallohnverhältnis des Arbeiters im Jahre 1929 zu steigern und daß er in diesem Bestreben seine Arbeiten im Jahre festsetzen werde. Wenn man sich die Wirtschaftsnöte des Jahres 1930 vergegenwärtigt, so erübrigt sich jeder Kommentar zu den Ausführungen des früheren Ministers Wislitzki, der noch zu Beginn dieses Jahres Reichsarbeitsminister und verantwortlicher Leiter der deutschen Lohnpolitik war. Man braucht dem nur gegenüberzustellen, was der jetzige Reichsarbeitsminister Stegerwald, der gleichfalls nicht dem Unternehmertum, sondern den christlichen Gewerkschaften nahesteht, vor einiger Zeit in der Kölner Volkszeitung ausgeführt hat. Er hat erklärt, daß es falsch gewesen sei, seit 1925 die Löhne noch in die Höhe zu setzen, man hätte sich dann den beschwerlichen und unvermeidlichen Rückgang ersparen können, einen Rückgang, den keine Regierung nun noch vermeiden könne, sie möge heißen, wie sie wolle. Man braucht sich ferner nur zu vergegenwärtigen, daß es heute zum Programm der jetzigen Reichsregierung gehört, zu einer allgemeinen Senkung der Gestehungskosten der deutschen Wirtschaft zu gelangen, und deshalb auch entsprechend die Löhne zu senken.“

Trotzdem genügt dem Herrn Doktor auch diese Reichsführung noch nicht, denn er schließt seine Jahresbetrachtungen mit den Worten:

„Mögen dem deutschen Volke im Jahre 1931 wirkliche Führer — oder auch nur ein Führer — entstehen, die die Vorherrschaft über das deutsche Volk aus seiner schweren Not zu helfen.“

Das ist deutlich. Es fehlt nur noch der nationalsozialistische Kampfruf: „Deutschland erwache“ und die persönliche Huldigung: „Heil Hitler“. Indessen auch dieser „wirkliche Führer“ ist nach Dr. Andres noch nicht ganz stubenrein, denn er schreibt:

„Es ist nicht zweifelhaft, daß das Programm der Nationalsozialistischen Partei wirtschaftlich dilettantenhaft und unternehmerfremdlich ist, aber nur die praktische Erfahrung wird zeigen können, ob die Parteileitung gewillt ist, das Utopische ihres Programms aufzugeben und sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern wohl das gesamte deutsche Volk wird jeden Befreier aus der Not begrüßen, wenn er ein wirklicher Befreier ist und wenn er nicht durch Experimente die Not des deutschen Volkes noch vergrößert.“

Die Neujahrskundgebung des „großen“ Hitler wird auch die letzten Hemmungen des Dr. Andres beseitigt haben, heißt es doch in ihr:

„Im zwölften Jahre des Ringens unserer Bewegung weiß ich, daß der Sieg nunmehr weniger von Erkenntnissen abhängt, sondern in der Kraft der Treue liegt.“

Also nicht Erkenntnis, sondern Unkenntnis sind Trumpf aller Feinde der aufstrebenden Arbeiterschaft. Ein trauriger Mut, nicht die Erkenntnis zur Richtschnur seines Handelns zu machen und sich auf die Unkenntnis seiner Anhänger zu stützen. Wahrscheinlich — Hitler und seine Förderer sind einander wert.

Zur Notlage in Schlesiens Steinindustrie. Auf der Tagung des Bundes Schlesischer Industrieller zu Breslau im vergangenen November untriffen die Vertreter der einzelnen Fachverbände vor dem erschienenen Minister für die Osthilfe, Trenczianus, die derzeitige Lage ihres Erwerbszweiges. Direktor Köhler-Greifenberg führte dabei über die schlesische Steinindustrie aus: Wir Schlesier hätten eigentlich gar nicht nötig, zu klagen, wir sind „steinerreich“, wenn man nicht fortgesetzt auf seinem Reichtum sitzen bliebe, da macht das keinen Spaß. Wir möchten unseren Reichtum auch gern einmal abgenommen haben. Aber niemand nimmt ihn uns ab, wir bleiben auf unseren Steinen sitzen. Wir haben 13 000 **Steinarbeiter**, die am Orte eingewachsen sind, die keine Wirtschaften haben. Die sind nicht leicht zu verpflanzen. Es sind 13 000 Arbeiter beschäftigt in der weiterverarbeitenden Industrie. Das verdoppelt die Zahl, also 26 000, ja man kann ruhig mit 40 000 Arbeitern rechnen, und davon arbeiten 1930 nur 20 Prozent. Wir (d. h. die schlesische Steinindustrie) haben im Jahre 1927 noch an erster Stelle mit der Verdrängung in Schlesien gestanden, also über der Kohle, und sind heute bei 20 Prozent angelangt. Das gleiche Heer der Arbeitslosen ist da. Es gibt sehr viele Leute, die gern arbeiten würden. Es gibt nur wenige Industrien, die sich so wie die der Erden und Steine dafür eignen, positive Werte zu schaffen für das Geld, das aufgeopfert werden muß für die Arbeitslosen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

- Berlin.** Die invaliden Kollegen erhalten ihre Invalidenunterstützung am Freitag, dem 16. Januar, von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.
- Am 17. Januar in Schwerin** bei Herrn Marz, Waisenstraße 10.
In Meichen um 16 Uhr im Gewerkschaftshaus.
In Wiesbaden um 14 Uhr im Volkshaus. Unterstützungsauszahlung vorher.
In Darmstadt um 14 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Am 18. Januar in Prenzlau** um 13 Uhr bei Hans Peter, Wittstraße.
In Altkönig um 13 1/2 Uhr im bekannten Lokal. Jeder zur Stelle.
In Rappin um 10 Uhr bei Wadow, Berliner Straße 19.
In Berlin, Steinschlager, um 15 Uhr bei Sorgak, Uferstraße 12.
- Am 25. Januar in Essen** um 10 Uhr bei Föllner, Frahehauser Straße, für beide Sektionen.

Berlin. Die invaliden Kollegen erhalten ihre Invalidenunterstützung am Freitag, dem 16. Januar, von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Am Ort zureichende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung!

Bau- und Unterhaltskosten der deutschen Landstraßen. Eine Entschließung des Reichstages vom 16. Dezember 1927 hatte die Reichsregierung aufgefordert, eine Denkschrift über die viel umstrittene Frage der Kraftfahrzeug-Besteuerung vorzulegen. Diese Arbeit ist nunmehr erschienen und enthält auch bedeutende Angaben über die Höhe der Bau- und Unterhaltskosten der deutschen Landstraßen, deren Finanzierung ja die Kraftfahrzeugsteuer in der Hauptsache dienen soll. Für das Jahr 1929 ergaben sich für ein Straßennetz in der Länge von 276 500 Kilometer folgende Kosten: Laufende Unterhaltung 327 Millionen, Instandsetzung, Um- oder Ausbau 244, Neubau 140, insgesamt 713 Millionen, davon auf Anleihen 188,3 Millionen. Dem hohen auslaufenden Einnahmen zu deckenden Bedarf entspricht weitgehend die Verkehrssteigerung (von 1924/25 auf 1928/29 um etwa 200 Prozent). Der in diesen Zahlen nicht enthaltene Aufwand der deutschen Städte für Bau und Unterhaltung der Straßen ist auf 200 bis 250 Millionen Mark geschätzt worden, von denen etwa ein Drittel auf laufende Unterhaltung entfällt.

Ausbau nordwestdeutscher Autofernstraßen. Die Provinz Hannover hat im nordwestlichen Deutschland eine bedeutende Aufgabe als nordwestliches Durchgangsgebiet von der Nordsee zur Ostsee und ihren wirtschaftlichen Brennpunkten (Hamburg, Bremen, Emden) zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet und nach Mitteldeutschland, zugleich als ostwestliches von der Reichshauptstadt nach Holland. Der Zustand der großen Autobahnstraßen und Fernstraßen ist daher hier von besonderer Bedeutung. Nun wird die Verbindung nach Holland, also die Verbindung Berlin—Hannover—Osnabrück—Amsterdam stark gehemmt durch den völlig unzulänglichen Zustand der Straße westlich von Osnabrück zwischen Rheine und der holländischen Grenze, wo sie namentlich von Bentheim bis zur Zollstation nur ein ausgefahrener Feldweg ist, der im letzten Jahre von etwa 16 000 Automobilisten benutzt werden mußte. Die Gesamtkosten für einen Umbau der schlechten Straße, die an vielen Stellen ganz neu und in gerader Linienführung angelegt werden muß, betragen 1 1/2 Millionen Mark. Sie sollen, wenn die Uebernahme der bisherigen Kreisstraßen auf den Provinzialetat durchgeführt ist, von der Provinzialverwaltung dem hannoverschen Provinziallandtag zur Bewilligung vorgelegt werden. Eine ebenso notwendige Fernverkehrsstraße ergibt sich von Bremen über Delmenhorst, Quadenbrück, Lingen nach dem immer lebhafter aufblühenden Textilort Nordhorn im Kreis Bentheim, von wo sie in direkter Ueberquerung der deutsch-holländischen Grenze den Anschluß an die obige Straße Osnabrück—Amsterdam erreichen würde. Die Bedeutung dieser Querverbindung belegt die Zahl von 28 000 Kraftfahrzeugen, die 1929 von Nordhorn aus die Grenze passierten. Für die innere Verknüpfung der Provinz Hannover, deren beide westliche Regierungsbezirke Osnabrück und Ostfriesland durch Oldenburg von den übrigen bis auf eine schmale Verbindung getrennt werden, wäre endlich der Ausbau der Nord-Süd-Verbindung vom Rhein zur Nordsee, parallel zum Dortmund-Ems-Kanal, wichtig. Diese Straße würde das Schlußstück der vom Reichsverkehrsministerium geplanten Autofernstraße von Frankfurt a. M. zur Nordsee (Emden, Norddeich) sein. Lst.

Für die Berichterstatter an die Redaktion!

In Nr. 2 des „Steinarbeiter“ wurden an die Adresse der örtlichen Schriftführer von der Redaktion einige zu beachtende Wünsche geäußert. Nach den bisherigen Erfahrungen wird jedoch sehr oft das Gegenteil aus solchen Hinweisen herausgesehen. Diese Erfahrungen hat gewiß auch die Redaktion des „Zimmerer“ gemacht. Denn sie richtet an die Schriftführer einen Appell, den wir, nur ganz wenig geändert, auch uns in folgendem zu eigen machen und der Beachtung empfehlen:

1. Du brauchst als Schriftführer den Bericht, der zur Veröffentlichung im Verbandsblatt bestimmt ist, nie sofort abzufassen, du kannst ruhig 5 bis 6 Wochen damit warten. Wenn der Bericht sofort eingekandt würde, wäre die Zeitung zu aktuell, und das könnte ihr bestimmt schaden.
2. Du sollst niemals den der Redaktion zur Veröffentlichung zugestellten Bericht mit dem Jahrestempel versehen. Die Redaktion kann derartige Formalitäten nicht leiden; sie will nicht nachprüfen, ob der Bericht auch wirklich von einem Verbandskollegen gestellt wird. Wenn es möglich ist, so frankiere auch ungenügend. Es macht der Verbandskasse höllisch viel Spaß, wenn sie für deine Briefe Strafporto zahlen muß.
3. Es ist durchaus wünschenswert, daß du die Adresse der Redaktion möglichst unklar, ohne nähere Angaben postalischer Ortsbezeichnung, machst. Wenn du möglichst unklar schreibst und die Adresse des Empfängers ungenau angibst, so erleichterst du damit der Post wesentlich ihre Arbeit.
4. Benutze nie Tinte, um den Bericht zu schreiben. Am zweckmäßigsten wird ein Bericht mit einem Zimmermannsbleistift geschrieben. Einmal ist er billiger als Tinte, die schon für 10 Pf. zu haben ist und zum andern könnte sich der Seher die Augen verderben, wenn er mit Tinte geschriebene Manuskripte ablesen soll.
5. Als Manuskriptpapier eignet sich am besten dicker Badpapier; auch die Rückseite einer Tapete oder Saugpapier. Wenn du trotz aller Warnung darauf mit Tinte schreibst, entstehen dadurch so wunderbare Figuren, daß das Manuskript aussieht, als wäre es gebatit. Sehr zu empfehlen ist die Verwendung von Seidenpapier, das ja die gleiche Eigenschaft hat.
6. Es ist zu empfehlen, das Papier auf beiden Seiten zu beschreiben. Die Redaktion muß sich in diesem Fall daranmachen, das Manuskript umzuschreiben, weil nur einseitig beschriebene Manuskripte der Druckerei abgeliefert werden dürfen. Da die Redaktion immer sehr wenig Arbeit hat, freut sie sich, gerade deinen Bericht umzuschreiben.
7. Sei mit dem Papier äußerst sparsam und schreibe so eng, wie das nur irgend möglich ist. Je kleiner die Schrift, um so angenehmer ist das für den Seher und für den Redakteur, der den Bericht zu korrigieren hat.
8. Schreibe deine Berichte möglichst ausführlich und vergiß nur nicht anzugeben, daß die Versammlung im „Lahmen Esel“, abends 6 25 Uhr, vom Vorsitzenden mit herzlichen Grüßen an die „erschienenen Kollegen“ eröffnet wurde. Vergiß nur nicht, die Reihenfolge der Tagesordnung anzugeben; auch nicht, daß das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt wurde. Du mußt immer bedenken, daß an diesen scheinbar kleinsten Dingen 65 000 Leser unserer Zeitung in allen Teilen des Verbandsgebietes ein sehr starkes Interesse haben. Wesentliches teile möglichst gar nicht mit; über Unwesentliches berichte sehr ausführlich.
9. Kürze möglichst viele Wörter ab. Du sparst Papier, Tinte und Arbeit. Es ist viel einfacher, anstatt Vorsitzender „Vor.“, anstatt Kollegen „Koll.“, Kassierer „Kass.“ oder gar Revisor „Rev.“ zu schreiben. Du mußt bedenken, daß du der Redaktion die Arbeit wesentlich erleichterst, denn sie muß ja druckfertige Manuskripte an die Druckerei liefern. Orts- und Personennamen schreibe so unklar, wie es möglich ist. Du weißt ja, wer damit gemeint ist; die Redaktion und der Seher können das erraten.
10. Setze dich in jedem Fall über die Verbandsstabsbeschlüsse, die der Redaktion als Leitfaden für die Ausübung ihrer Tätigkeit gegeben sind, hinweg. Du brauchst nicht im geringsten darauf zu achten, daß es ein Pressegesetz und ein Strafrecht gibt, die der Redaktion unter Umständen gefährlich werden können. Schreibe immer lustig drauflos und fordere natürlich, daß die Redaktion deinen Bericht unverfälscht und sofort veröffentlicht.

Beachte diese Regeln, so wird einmal die Zeitung aktueller, zum andern wird der Redaktion und dem Seher die Arbeit wesentlich erleichtert. Und wenn du in irgendeiner Zeitschrift etwas liest von der Steinindustrie und dem Straßenausbau, das auch für die Redaktion des „Steinarbeiter“ von Belang sein könnte, so sende das nicht etwa an die Redaktion, sondern vernichte es. Der Redakteur hat die Pflicht, so etwas selber zu finden.

Adressenänderungen

1. **Gau: Greifenhagen.** Vorj.: Rich. Fehmer, Fischerstraße 19. Kass.: Ferd. Jäger, Brückenstraße 28. — **Köslin.** Vorj.: Hugo Bewersdorff, Mühlentorstraße 36 a. — **Schivelbein.** Kass.: A. Blödnor, Falkenburger Straße 1 a. — **Hammerstein.** Vorj.: Georg Baumann, Schießplatzstraße.
2. **Gau: Breslau I.** Vorj.: Hermann Kipke, Kantstraße 39, II. Kass.: Karl Bogt, Königgräber Straße 6. — **Schweidnitz.** Vorj.: Willi Schumann, Königszelt (Schl.), Feldstraße 6. — **Sorau.** Vorj.: Albert Schmieden, Gubener Straße 5. Kass.: Willi Dremba, Priebrucher Straße 29. — **Gräbne.** Vorj.: Joseph Schloffer, Bresniez, Post Pogofsch, Lamsdorf (Oberschl.) Land.
3. **Gau: Auerbach.** Kass.: A. Schädlich, Klingenthaler Straße 33.
4. **Gau: Erfurt.** Vorj.: Joh. Krufe, Gneisenaustraße 57 a. — **Zabitz.** Postbezirk: Deste-Königswiet/Rönnern (Saale) Land.
11. **Gau: Anklam.** Vorj.: Robert Triphahn, Kreuzsteig Nr. 7. — **Aurich.** Vorj.: Folkert, Post Walle 250 bei Aurich (Ostfriesland). — **Bremen.** Vorj.: Adolf Spisler, Würzburger Straße 61. — **Feldberg.** Vorj.: Karl Dörnbrack, Gerstengrund Nr. 10. — **Rotenburg (Hann.).** Vorj.: Karl Lohmann, Mhausen 35, Kreis Rotenburg (Hann.). Kass.: Heinrich Jntemann, Mhausen 84, Kr. Rotenburg.

Briefkasten

K. D. Die Ermäßigung muß auf der Steuerkarte vom Finanzamt vermerkt sein. Die Möglichkeit für die Söhne besteht, mindestens für einen, mit der Begründung „wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse“ und „außergewöhnlicher Belastung“.

Jnaal. Ende 1930 waren es im Verbands 1458 Mitglieder, die insgesamt monatlich 16 125 Mark Unterstützung beziehen. Die Zahl und Summe wird eher steigen wie abnehmen.

Hamb. J. S. Die gewiß nicht unbedeutende Bitte kann nicht erfüllt werden, weil solche Aufnahmen nicht vorhanden sind. Vielleicht wird's noch, dann wird daran gedacht.

Bücher und Zeitschriften

Winterarbeit im Baugewerbe. Die Vermehrung von Arbeitslosigkeit im Baugewerbe während des Winters würde den Verlauf der Baubetriebe und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wesentlich einschränken. Aus diesen Gründen hat die Frage der Winterarbeit auch in der gegenwärtigen Wirtschaftsjahres-Bedeutung. Dies zeigt auch ein Aufsatz des Dipl.-Ing. K. Kästing in Nummer 1 der Sozialen Bauwirtschaft, in dem unter Anerkennung der Bestrebungen des Reichsarbeitsministeriums zur Schaffung von Winterarbeiten zur Sammlung aller den Winterbau betreffenden Erfahrungen aufgefordert wird. Sehr wertvoll ist das dem Aufsatz beigegebene Verzeichnis des Winterbau betreffenden Schrifttums, aus dem namentlich die gute Vorarbeit der amerikanischen Bauwirtschaft hervorgeht. — **Verteilte Urlegungen** bieten auch die Aufsätze von Fritz K. L. über eine neuartige Maßnahme zum mechanischen Ausheben von Gräben, von Ing. Fritz G. r. m. p. über Anfrischmittel, von Dr. Ing. K. o. l. über den Holzschutz im Hochbau und von Max K. a. o. p. über Schnell-Bestimmungsverfahren zur Ermittlung des Wassergehalts von Bauholz. — Das von den deutschen nationalen Abgeordneten Honer und Ziemann durch eine im Preussischen Landtag gestellte kleine Anfrage aufgewärmte Wärdchen von der steuerlichen Begünstigung der sozialen Baubetriebe wird durch die Antwort des Preussischen Finanzministers und durch den Hinweis auf die im Jahre 1929 von den sozialen Baubetrieben gezahlte Steuersumme von über 2 Millionen Reichsmark zurückgewiesen. — In dem vermischten Teil wird unter anderem auf die im Auftrag des Verbandes sozialer Baubetriebe gemachten Untersuchungen über das treppenlose Einfamilienhaus hingewiesen, das dem Bedürfnis weiler Volksschichten mehr entspricht als das Einfamilienhaus mit Treppe. — Die **Soziale Bauwirtschaft**, Monatlich 2 Hefte, Bezugspreis 75 Pf. im Monat. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin, Jnleifstraße.

Die „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erscheint seit dem 1. Januar im Format der großen Tageszeitungen. In dem neuen Gewand präsentiert sich diese freigewerkschaftliche Zeitschrift sehr vorteilhaft. Der moderne Kopf prägt sich beim Gedächtnis des Lesers auf den ersten Blick ein. Das neue Format bietet der Schriftleitung die Möglichkeit, den Stoff in der lebendigsten Form, unterstützt durch aktuelle Zeichnungen und Reportagen aus dem Beamtenleben, dem Leser näherzubringen. Die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung ist in der Sozialen Bauwirtschaft führend, das beweist die ADGB im neuen vorteilhaftigen Gewand.

Wanderungen in der Krankenversicherung. 2. geänderte Auflage mit Durchführungsanweisungen. Erklärt von Helmut S. g. n. a. n. B. e. g. h. e. r. Organisationspreis 1,80 Mark, Ladenpreis 2,50 Mark. Verlagsgesellschaft deutscher Krankentellen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berlinstraße 137.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 hat neue wesentliche Änderungen in der Krankenversicherung gebracht, u. a. die teilweise Aufhebung der Krankenkassenbeiträge und des Arbeitgeberanteils. Sämtliche Neuerungen sind in der 3. Auflage dieser Schrift von Helmut Lehmann, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Krankentellen e. V., verständlich und vollständig dargestellt. Auch die inzwischen ergangenen Ausführungsbestimmungen, die manche Zweifelsfragen geklärt haben, wurden aufgenommen. Die bisherige Rechtsprechung, soweit sie für die Krankenversicherungen von Bedeutung ist, ist gleichfalls herangezogen worden. Der Inhalt entspricht den wichtigsten Bestimmungen über die Sicherung des Haushalts, über die Gehaltsfestsetzung und über die Änderung der Anstellungsgrundlagen (Verordnung von Versorgungsämtern). Die Vorschriften sind, wie bisher, knapp erläutert worden, um die Uebersichtlichkeit nicht zu beeinträchtigen. Das Eingehen auf theoretische Streitfragen wurde vermieden, da die Schrift lediglich die praktische Durchführung des Gesetzes erleichtern will. Dieser Zweck wird voll und ganz erreicht. Die neue Auflage wird deshalb, ebenso wie ihre Vorgängerin, in unserem Leserkreis allgemeine Verbreitung finden.

Anzeigen

Steinbruch-Werkmeister
 eventuell Ingenieur für Granitwerk gesucht Zuschr. mit Angabe bisheriger Tätigkeit u. Referenzen unter „Kleinsteine Nr. 2618“ an die Ann.-Exp. D. Dukas Nachf. A.-G. Wien 1, 1.

Den bekanntesten guten u. bestbewährten handgearbeiteten Steinbruchschuh.
 N. 1475
 Realste Beliefer.
 Hochw. Qualität.

Verlangen Sie Preisliste Herm. Webers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

Pflasterhämmer
 aus bestem Schweisstahl.
Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G.
 Sparsparlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 3324, Breslau Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 325 30 sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Strehlen.** Am 30. Dezember der Quarzschieferarbeiter Ernst Haunschild, 60 Jahre alt, 46 Wochen lungenkrank.
- Berlin.** Am 1. Januar der Steinsetzer Franz Hübner, 83 Jahre alt, Altersschwäche.
- Grünberg.** Am 7. Januar der Steinsetzer Fritz R. ä. b. i. g. e. r., 52 Jahre alt, 4 Monate krank, Tuberkulose.
- EHRE IHREM ANDENKEN
- Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.